Referentenentwurf

des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Dritte Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld

(Dritte Kurzarbeitergeldbezugsdauerverordnung – 3. KugBeV)

A. Problem und Ziel

Die Zahl der Kurzarbeitenden stieg nach der Ferienzeit von August auf September 2024 nach vorläufigen und hochgerechneten Daten von 175.000 auf 268.000 erheblich an. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 116.000 bzw. 76 Prozent mehr Kurzarbeitende; gegenüber September 2022 hat sich die Zahl der Kurzarbeitenden fast verdreifacht.

Im September 2024 erhielten 0,8 Prozent aller Beschäftigten Kurzarbeitergeld, nach 0,5 Prozent im Vormonat. Der Schwerpunkt der Kurzarbeit liegt bei den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes; 82 Prozent der Kurzarbeitenden sind aktuell im Verarbeitenden Gewerbe tätig. Die Kurzarbeit erstreckt sich mittlerweile über mehrere Länder und viele Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und ist damit nicht mehr als lokal oder auf eine Branche bezogen einzustufen.

Gesetzlich ist bestimmt, dass Kurzarbeitergeld längstens für zwölf Monate gewährt werden kann. Für viele der aktuell von Kurzarbeit betroffenen Betriebe bedarf es aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, der geopolitischen Unsicherheiten und der parallel verlaufenden strukturellen Veränderungen eine darüberhinausgehende Planungssicherheit, um Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden.

B. Lösung, Nutzen

Die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wird nach § 109 Absatz 4 SGB III auf 24 Monate, längstens bis zum 31. Dezember 2025 verlängert. Die seit Januar 2024 von der Kurzarbeit betroffenen Betriebe können aufgrund der Verlängerung bis zum 31. Dezember 2025 die Kurzarbeit in ihrem Betrieb fortführen. Betriebe, die schon seit Herbst/Winter 2023 von der Kurzarbeit betroffen sind, haben die Möglichkeit nach einer Unterbrechung der Kurzarbeit von nicht mehr als zwei zusammenhängenden Monaten diese wiederaufzunehmen.

Damit wird den Betrieben Planungssicherheit für die kommenden Monate gegeben, um ihre ausgebildeten und bereits eingearbeiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb zu halten. Bei verbesserter Situation können die Betriebe ohne Such- und Einarbeitungsaufwände die Auslastung kurzfristig wieder erhöhen. Die durch Kurzarbeit freierwerdenden Arbeitszeitkapazitäten können von den Betrieben z. B. für Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden.

C. Alternativen

Ohne die Verlängerung der Bezugsdauer kann davon ausgegangen werden, dass es zu einem erheblichen Personalabbau bei den von Kurzarbeit betroffenen Betrieben kommen würde. Die betroffenen eingearbeiteten Beschäftigten würden arbeitslos und die Betriebe

müssten nach Wegfall des Arbeitsausfalls in die Neueinstellung und Einarbeitung neuer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investieren.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Verlängerung der Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld führt im Jahr 2025 zu Mehrausgaben zulasten des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit (BA) von schätzungsweise rund 260 Millionen Euro. Den Mehrausgaben für die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld stehen Minderausgaben in nicht bezifferbarer Höhe im Haushalt der BA für andernfalls fälliges Arbeitslosengeld und im Bundeshaushalt und in den Haushalten der Kommunen für andernfalls fällige ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber. Darüber hinaus fallen in Erfüllung der mit diesem Verordnungsentwurf verbundenen Regelungen bei der BA auf Basis ihrer Personal- und Sachkostenpauschalen Personal- und Sachkostenbedarfe in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro im Jahr 2025 an.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht durch die Regelungen dieses Verordnungsentwurfs kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht im Jahr 2025 ein einmaliger Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 330 000 Euro durch die notwendigen Verlängerungsanzeigen und die zusätzlichen Antragstellungen während der verlängerten Bezugsdauer.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Informationspflichten für die Wirtschaft werden über die oben genannten Verlängerungsanzeigen und zusätzlichen Antragstellungen mit dieser Verordnung weder eingeführt noch geändert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Die Regelungen des Verordnungsentwurfs führen in der Verwaltung durch Umstellungen in den Publikationen und den Fachlichen Weisungen zum Kurzarbeitergeld zu einem einmaligen geringfügigen Umstellungsaufwand für die BA in Höhe von 5 000 Euro.

Darüber hinaus resultiert aus der Rechtsverordnung für die BA für die Beratung, die Bearbeitung der Folgeanzeigen und für die Prüfung und Bearbeitung der zusätzlichen Antragstellungen während der verlängerten Bezugsdauer ein einmaliger Aufwand in Höhe von rund 1,8 Millionen Euro im Jahr 2025.

F. Weitere Kosten

Keine.

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Dritte Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld

(Dritte Kurzarbeitergeldbezugsdauerverordnung – 3. KugBeV)

Vom ...

Auf Grund des § 109 Absatz 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung -, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1790) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Bezugsdauer

Die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld wird über die Bezugsdauer nach § 104 Absatz 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch hinaus auf bis zu 24 Monate, längstens bis zum 31. Dezember 2025, verlängert.

§ 2

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2025 außer Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Die Zahl der Kurzarbeitenden stieg nach der Ferienzeit von August auf September 2024 nach vorläufigen und hochgerechneten Daten von 175.000 auf 268.000 erheblich an. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 116.000 bzw. 76 Prozent mehr Kurzarbeitende; gegenüber September 2022 hat sich die Zahl der Kurzarbeitenden fast verdreifacht. Im September 2024 erhielten 0,8 Prozent aller Beschäftigten Kurzarbeitergeld, nach 0,5 Prozent im Vormonat.

Vorläufige und hochgerechnete Daten nach Ländern liegen bis August 2024 vor. Die höchsten Kurzarbeiterquoten gab es im August 2024 in Thüringen mit 0,9 Prozent sowie in Baden-Württemberg und im Saarland mit 0,8 Prozent. Diese Quoten werden sich mit dem Anstieg der Kurzarbeit im September 2024 weiter erhöhen.

Nach branchenspezifischen vorläufigen und hochgerechneten Daten waren im August 2024 mit 143.000 die meisten Kurzarbeitenden im Verarbeitenden Gewerbe (82 Prozent) tätig. Damit waren 2,1 Prozent aller in der Branche Beschäftigten in Kurzarbeit. Schwerpunkte im Verarbeitenden Gewerbe waren der Maschinenbau (35.000 Kurzarbeitende), die Herstellung von Metallerzeugnissen (26.000), von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (18.000) sowie die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (12.000).

Die aktuelle Entwicklung der Anzeigen über Kurzarbeit lassen einen weiteren Anstieg der Kurzarbeit erwarten. So wurden vom 1. bis einschließlich 25. November 2024 Anzeigen für 64.000 Beschäftigte aufgegeben. Von den Personen, für die im November 2024 Kurzarbeit angezeigt wurde, waren mit 52.000 rund 82 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Davon entfallen 12.000 auf den Maschinenbau, 9.000 auf die Herstellung von Metallerzeugnissen, jeweils 5.000 auf die Herstellung von Kraftwagen und -teilen und die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie 3.000 auf die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren.

Damit erstreckt sich die Kurzarbeit mittlerweile über mehrere Länder und mehrere Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und ist damit nicht mehr als lokal oder auf eine Branche bezogen einzustufen. Die Anzeigedaten lassen einen weiteren Anstieg der Kurzarbeit erwarten.

Gesetzlich ist bestimmt, dass Kurzarbeitergeld längstens für zwölf Monate gewährt werden kann. Für viele der aktuell von Kurzarbeit betroffenen Betriebe bedarf es aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, der geopolitischen Unsicherheiten und der parallel verlaufenden strukturellen Veränderungen eine darüberhinausgehende Planungssicherheit, um Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die maximale Bezugsdauer von zwölf Monaten wird nach § 109 Absatz 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) durch die Bundesregierung befristet bis zum 31. Dezember 2025 auf 24 Monate verlängert.

Die seit Januar 2024 von der Kurzarbeit betroffenen Betriebe können aufgrund der Verlängerung die Kurzarbeit in ihrem Betrieb bis zum 31. Dezember 2025 fortführen. Betriebe, die schon seit Herbst/Winter 2023 von der Kurzarbeit betroffen sind, haben die Möglichkeit nach einer Unterbrechung der Kurzarbeit von nicht mehr als zwei zusammenhängenden Monaten diese wiederaufzunehmen.

Damit wird den Betrieben Planungssicherheit für die kommenden Monate gegeben, um ihre ausgebildeten und bereits eingearbeiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb zu halten. Bei verbesserter Situation können die Betriebe ohne Such- und Einarbeitungsaufwände die Auslastung kurzfristig wieder erhöhen. Die durch Kurzarbeit freierwerdenden Arbeitszeitkapazitäten können von den Betrieben z. B. für Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden.

III. Exekutiver Fußabdruck

Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter sowie beauftragte Dritte haben nicht wesentlich zum Inhalt des Gesetzentwurfs beigetragen.

IV. Alternativen

Ohne die Verlängerung der Bezugsdauer kann davon ausgegangen werden, dass es zu einem erheblichen Personalabbau bei den von Kurzarbeit betroffenen Betrieben kommen würde. Die betroffenen eingearbeiteten Beschäftigten würden arbeitslos und die Betriebe müssten nach Wegfall des Arbeitsausfalls in die Neueinstellung und Einarbeitung neuer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investieren.

V. Regelungskompetenz

Gemäß § 109 Absatz 4 SGB III ist die Bundesregierung ermächtigt, die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld auf bis zu 24 Monate befristet ohne Zustimmung des Bundesrates zu verlängern, wenn außergewöhnliche Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt vorliegen. Diese Voraussetzung ist erfüllt: Außergewöhnliche Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt erfordern nach der Gesetzesbegründung eine krisenhafte Situation, die Branchen oder Regionen übergreifend erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt hat (BT-Drs. 19/18753, S. 27 unter „zu Buchstabe c“).

Aktuell liegt der Schwerpunkt der Kurzarbeit in verschiedenen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Zu dem liegt eine regionenübergreifende Betroffenheit vor. Vorläufige und hochgerechnete Daten nach Ländern liegen bis August 2024 vor. Die höchsten Kurzarbeiterquoten gab es im August 2024 in Thüringen mit 0,9 Prozent sowie in Baden-Württemberg und im Saarland mit 0,8 Prozent. Diese Quoten werden sich mit dem Anstieg der Kurzarbeit im September 2024 weiter erhöhen.

Damit liegt aktuell eine Situation bei der Kurzarbeit vor, die branchen- und regionenübergreifend erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt hat. Die Bundesregierung hat daher gemäß § 109 Absatz 4 SGB III die Möglichkeit, ohne Zustimmung des Bundesrates die maximale Dauer für den Bezug von Kurzarbeitergeld von zwölf auf 24 Monate befristet zu verlängern.

VI. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Verordnungsentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und mit den völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, vereinbar.

VII. Regelungsfolgen

Mit der befristeten Verlängerung der maximalen Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wird sowohl den von Kurzarbeit betroffenen Betrieben als auch ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Planungssicherheit gegeben und eine Alternative zur Entlassung geboten.

Kurzarbeit kann mit der Verlängerung der Bezugsdauer auch bei längeren Arbeitsausfällen neben der notwendigen Flexibilität der Unternehmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit beitragen. Beschäftigte behalten ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommensverlust wird teilweise kompensiert. Arbeitgeber können ihre eingearbeitete Belegschaft halten. Zudem kann die Zeit des Arbeitsausfalls zur Qualifizierung der von Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten genutzt und so den Herausforderungen der Transformation begegnet werden. Bei Verbesserung der wirtschaftlichen Situation kann kurzfristig die Arbeitszeit erhöht oder zur Normalarbeitszeit zurückgekehrt werden.

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Eine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ist mit den Regelungen nicht verbunden.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Die Verordnung steht im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und den Zielen der Fachkräftesicherung. Durch die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wird Arbeitslosigkeit vermieden, indem die Beschäftigten im Betrieb gehalten werden können.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Verlängerung der Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld führt im Jahr 2025 zu Mehrausgaben zulasten des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit (BA) von schätzungsweise rund 260 Millionen Euro. Den Mehrausgaben für die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld stehen Minderausgaben in nicht bezifferbarer Höhe im Haushalt der BA für andernfalls fälliges Arbeitslosengeld und im Bundeshaushalt und in den Haushalten der Kommunen für andernfalls fällige ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber.

In Erfüllung der mit diesem Verordnungsentwurf verbundenen Regelungen fallen bei der BA Personal- und Sachaufwände an. Diese werden bei den Erfüllungsaufwänden der Verwaltung (Ziffer 4.), die auf Grundlage der Lohnkostentabellen des Statistischen Bundesamtes zu ermitteln sind, nicht vollständig abgebildet. Während die durchschnittlichen Lohnkosten in der Sozialversicherung nach diesen Lohnkostentabellen 45,20 Euro/Stunde betragen, geht die BA nach ihren Personalsätzen und Sachkostenpauschalen in der TE IV von 83,55 Euro/Stunde aus. Aus der Differenz ergeben sich Personal- und Sachkostenbedarfe bei der BA von 1,5 Millionen Euro für das Jahr 2025.

4. Erfüllungsaufwand

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

Für die Wirtschaft entsteht im Jahr 2025 ein einmaliger Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 78 000 Euro durch die notwendigen Verlängerungsanzeigen. Für die Bearbeitung der Folgeanzeige wird von einer Dauer von 20 Minuten, einem Lohnsatz 0,71 Euro je Minute (durchschnittliche Lohnkosten im Verarbeitenden Gewerbe i. H. v 42,70 Euro/Stunde) und einer Fallzahl von 5 500 ausgegangen. Darüber hinaus entsteht der Wirtschaft einmaliger Erfüllungsaufwand für die zusätzlichen monatlichen Abrechnungen während der verlängerten Bezugsdauer in Höhe von rund 249 000 Euro im Jahr 2025. Für die Bearbeitung eines Antrags werden 10 Minuten, ein Lohnsatz von 0,71 Euro je Minute und 35 000 Abrechnungen während der verlängerten Bezugsdauer geschätzt. Insgesamt ergibt sich daher für die Wirtschaft ein einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 330 000 Euro im Jahr 2025. Weitere Informationspflichten für die Wirtschaft werden mit dieser Verordnung weder eingeführt noch geändert.

Der Erlass der Verordnung führt zu einem einmaligen geringfügigen Umstellungsaufwand für die BA in Höhe von rund 5 000 Euro, weil die Publikationen und die Fachlichen Weisungen zum Kurzarbeitergeld geringfügig angepasst werden müssen. Darüber hinaus resultiert aus der Rechtsverordnung für die Bearbeitung der Folgeanzeigen ein einmaliger Aufwand für die BA in Höhe von rund 458 000 Euro im Jahr 2025. Dabei wird eine Bearbeitungsdauer für die Beratung, Prüfung und Bescheidung von 111 Minuten, ein Lohnsatz von 0,75 Euro je Minute (durchschnittliche Lohnkosten in der Sozialversicherung i. H. v. 45,20 Euro/Stunde) und eine Fallzahl von 5 500 angenommen. Zudem entsteht einmaliger Erfüllungsaufwand für die Prüfung und Bearbeitung der zusätzlichen Antragstellungen während der verlängerten Bezugsdauer in Höhe von rund 1,34 Millionen Euro im Jahr 2025. Für die Prüfung und Bearbeitung eines Antrags werden 51 Minuten, ein Lohnsatz von 0,75 Euro je Minute und 35 000 Abrechnungen während der verlängerten Bezugsdauer zugrunde gelegt. Insgesamt ergibt sich für die Verwaltung ein einmaliger Erfüllungsaufwand von rund 1,8 Millionen Euro im Jahr 2025.

5. Weitere Kosten

Der Wirtschaft entstehen durch den Erlass der Verordnung keine Kosten, sie wird von Lohnkosten entlastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise, das allgemeine Preisniveau und das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Regelungsfolgen

Die durch die Verordnung veranlassten Änderungen haben keine weiteren Auswirkungen.

VIII. Befristung; Evaluierung

Die Regelung ist bis zum 31. Dezember 2025 befristet.

B. Besonderer Teil

Zu § 1 (Bezugsdauer)

Die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wird von regulär zwölf Monaten auf 24 Monate verlängert. Die Verlängerung ist bis zum 31. Dezember 2025 befristet, so dass ab dem 1. Januar 2026 wieder die reguläre gesetzliche Bezugsdauer von zwölf Monaten gilt. Auch Betriebe, die bis zum 31. Dezember 2025 noch nicht die 24 Monate voll ausgeschöpft haben, können ab dem 1. Januar 2026 daher nur Kurzarbeitergeld für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen, wenn sie die reguläre Bezugsdauer von zwölf Monaten noch nicht ausgeschöpft haben.

Zu § 2 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Die Verordnung tritt zum 1. Januar 2025 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2025 außer Kraft.

Table-Briefings